

Presseerklärung des DGB Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Tarifliche Bezahlung statt moderner Arbeitsdienst! Gemeinsam gegen Lohndumping und prekäre Beschäftigung!

Der DGB – Kreisverband Marburg Biedenkopf lehnt sogenannte “Hilfe zur Arbeit” Maßnahmen nach dem Bundessozialhilfegesetz grundsätzlich ab. Ebenso die im neuen Zweiten Sozialgesetzbuch vorgesehene Fortschreibung und Verschärfung dieser Maßnahmen, denn die sogenannten “Arbeitsgelegenheiten” bedeuten nichts anderes als moderne Arbeitsdienste.

Wir sind gegen die sog. “Arbeitsgelegenheiten”,

- ◆ weil sie zu einem Abbau qualifizierter, tariflich entlohnter und regulärer Stellen beitragen und mithin der Arbeitsmarkt schrumpft;
- ◆ weil sie die regulär im öffentlichen Dienst oder bei sozialen Trägern Beschäftigten schwächen und deren Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Einflussnahme aushebeln;
- ◆ weil eine sozial gerechte Lohn- und Gehaltsgestaltung im öffentlichen Dienst bittere Notwendigkeit *ist*
- ◆ weil wir nicht der Ansicht sind, dass jede Arbeit besser als keine ist, denn Arbeit muss ein existenzsicherndes Einkommen erbringen;
- ◆ weil sie die Betroffenen stigmatisiert und Auswege aus der Erwerbslosigkeit versperrt;
- ◆ weil die Arbeitslosigkeit bekämpft werden muss - und nicht die Arbeitslosen;
- ◆ weil die Gefahr besteht, dass es bei den „Arbeitsgelegenheiten“ nicht zusätzliche Arbeit geschaffen wird, sondern reguläre Arbeit umgewandelt wird in Billig-Jobs!

Es gibt viele Gründe gegen den neuen Arbeitsdienst zu streiten. Aus Sicht der Betroffenen ist der Sachverhalt klar: Sie müssen arbeiten ohne dafür einen *tariflichen* Lohn zu bekommen und ohne dass ihre berufliche Perspektive sich verbessert. Im Gegenteil: Je länger sie sich in entsprechenden Maßnahmen befinden, desto geringer wird ihre Chance auf einen regulären Arbeitsplatz. Aus Sicht der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bedeuten die modernen Arbeitsdienste einen Angriff auf ihre Beschäftigungsverhältnisse. Erwerbslose und Beschäftigte haben gemeinsame Interessen.

Anstatt Arbeitsgelegenheiten - Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze über die Vermögensteuer

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer würde nach Berechnungen des DGB für Hessen ein Summe zwischen 600 Mio. bis 3 Mrd. € in die Staatskassen bringen. Dies würde eine Steigerung der Steuereinnahmen zwischen 4,1 bis 20,4 % bedeuten.

Wenn diese Mittel in Arbeitsplätze investiert würden, käme es zu beachtlichen Effekten. Etwa bei der Bildung: Würden davon 40 % für ErzieherInnen, weitere 40 % für Lehrkräfte und 20 % für wissenschaftliche MitarbeiterInnen an Universitäten eingesetzt, könnten – je nach Freibetrag und Steuersatz – 13.100 bis 65.100 Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei Verwendung der Vermögensteuer in die Infrastruktur käme es zu einem Beschäftigteneffekt von 12.000 bis 60.000 neuen Arbeitsplätzen. Hinzu käme, dass die Verbesserung der Infrastruktur private Investitionen und ein höheres Wachstum begünstigt. Neue Beschäftigung hat selbstverständlich auch positive Auswirkungen auf die Kaufkraft, damit auf die Inlandsnachfrage und somit auf Erhalt bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen besonders in mittelständischen Handwerksbetrieben.

Dies sind die Ergebnisse eines Gutachtens des Politik- und Wirtschaftswissenschaftlers Kai Eicker-Wolf von der Universität Marburg, das dieser im Auftrag des DGB Hessen erstellt hat.

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer, so die DGB-Studie, ist schließlich ein Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit. Dadurch könnten bis zu 40 Mrd. in die öffentlichen Kassen fließen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden Lohneinkommen zunehmend belastet und die Gewinn- und Vermögenseinkommen dagegen sind stark entlastet worden. Trotz dieser Verschiebung ist das Ziel, Investitionen anzuregen, um damit Arbeitsplätze zu schaffen, nicht erreicht worden. Ergebnis ist vielmehr eine zunehmende Ungleichverteilung bei den Einkommen und Vermögen sowie leere öffentliche Kassen.

Der DGB-Kreisverband fordert von den politisch Verantwortlichen in Stadt, Land und Bund eine klares und deutliches „Nein“ gegen diesen Dammbbruch in der Arbeitswelt.

„Wir leben nicht, um arbeitslos zu werden oder es zu bleiben, sondern wir wollen menschenwürdig arbeiten, um menschenwürdig leben zu können“. (frei nach Karl Liebkecht.)

Der DGB Kreisverband reagiert mit einer Veranstaltungsreihe gegen den Sozialabbau und die Entlastung von Gewinn- und Vermögenseinkommen. In die Belastung durch Steuern und Abgaben müssen alle Bürger und die Wirtschaft einbezogen werden. Hohe Einkommen und Vermögen müssen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden.

Termine der Veranstaltungsreihe:

„Nebensache Mensch“ „Hauptsache ...

... Werdet billiger – oder wir gehen nach Ungarn!“

Mythos Standortwettbewerb und Globalisierung

Dr. Kai Eicker-Wolf, DGB-Hessen

27.10.04, Marburg, Barfüßerstr. 50, Sitzungssaal, 19.00 Uhr

... Arbeit um jeden Preis?!“

Arbeitszeitverkürzung contra Arbeitszeitverlängerung

Dr. Frank Deppe,

16.11.04, Marburg, Bahnhofstraße 6, DGB, 19.00 Uhr

... Melkkuh der Nation!?“

„Nebensache Mensch“

Dr. Rainer Roth, FH Frankfurt

10.12.04, Marburg, Bahnhofstraße 6, 19.00 Uhr